

Kommission für Wirtschaft und Abgaben
WAK
3003 Bern

vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, 23. April 2020
n'existe qu'en allemand

**Vernehmlassungsantwort zur Parlamentarischen Initiative 09.503 «Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen»
(Vorentwürfe 2 und 3: Umsatz- und Versicherungsabgabe)**

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident Lüscher
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für Ihre Einladung zur Stellungnahme. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) teilt Ihnen gerne seine Bemerkungen zur obengenannten Vorlage mit.

Einleitend ist für den SGB der Handlungsbedarf bei der Stempelsteuer nicht nachvollziehbar. Wir lehnen die Abschaffung ab, auch wenn sie schrittweise erfolgen mag. Gerne legen wir Ihnen nachfolgend unsere Überlegungen dar. Zur Abschaffung der Emissionsabgabe (Entwurf 1), welche aktuell im Ständerat sisiert ist, hat der SGB bereits ablehnend Stellung genommen.

Die Abschaffung der Stempelsteuer ist nicht die einzige Begehrlichkeit im Steuerbereich, welche massive Mindereinnahmen für den Bund nach sich ziehen wird. Bereits die Abschaffung oder massive Senkung diverser Steuern auf Kapital oder für hohe Einkommen zielen in diese Richtung. Namentlich seien hier die Erhöhung des Kinderabzuges bei den Bundessteuern (18.050), die Revision des Aktienrechts (16.077) oder die Abschaffung der Industriezölle (19.076) erwähnt. Die vom Volk beschlossene Steuervorlage wird zu Ausfällen von rund 1.4 Milliarden Franken auf Bundesebene führen. Insgesamt geht es um Mindereinnahmen von mindestens 5 Milliarden Franken jährlich, also um gegen 7 Prozent des Bundesbudgets. Wenn also alle die in der Vorlage erwähnten Projekte umgesetzt würden, werden empfindliche Sparprogramme unweigerlich die Folge sein. Bereits die damalige Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf warnte in einer Debatte über die vorliegende Parlamentarische Initiative zur Stempelsteuer 2013 vor dem enger werdenden finanziellen Spielraum aufgrund von unüberlegten Steuersenkungen. Der SGB lehnt diese Entwicklung daher ab. Gerade die aktuelle Corona-Krise macht überdeutlich klar, wie wichtig eine gut finanzierte öffentliche Hand ist.

Der Titel der Vorlage täuscht: Bereits heute findet eine schrittweise Abschaffung der Stempelabgaben statt. So ist die Stempelabgabe auf Fremdkapital (TBTF-Vorlage) bereits abgeschafft. Sie führt zu einem Ausfall von bis zu einer halben Milliarde jährlich. Der Nationalrat hat ausserdem bereits die Abschaffung der Emissionsabgabe beschlossen. Diese ist im Ständerat sisiert. Mit der zu behandelnden Parlamentarischen Initiative soll nun auch die Umsatz- und die Versicherungsabgabe

fallen. Dies führt zu weiteren Steuerausfällen von rund 2 Milliarden Franken. In der Vorlage sind keinerlei Kompensationen für diese Ausfälle vorgesehen.

Der SGB unterstützt die Stempelsteuer. Sie führt zu einer Kompensation des Umstandes, dass die entsprechend besteuerten Leistungen der Mehrwertsteuer nicht unterliegen. Eine Abschaffung der Stempelsteuer käme folglich einer Privilegierung des Finanz- und Versicherungssektors gleich.

Wenn sich die Befürwortenden mit einer Abschaffung der Stempelsteuer eine erhöhte wirtschaftliche Tätigkeit erhoffen, so liegen hier höchst optimistische Annahmen zugrunde. Auch wenn es positive Effekte geben würde, wären diese nur vorderhand vorteilhaft. Die resultierenden Steuermindereinnahmen würden aufgrund der Schuldenbremse zu Sparprogrammen führen. Diese sind volkswirtschaftlich weit schädlicher, als die positiven Effekte dies aufwiegen würden.

Weiter wird behauptet, die Schweiz habe mit der Stempelabgabe einen Wettbewerbsnachteil, weil die europäischen Länder keine solche Abgabe kennen würden. Das ist falsch. In verschiedenen Europäischen Ländern existieren Finanztransaktionssteuern, die zwar nicht genau den gleichen Bereich wie die Schweizerische Stempelsteuer abdecken, jedoch mindestens den Handel mit Aktien. Es handelt sich bei allen um vergleichbare Verkehrssteuern. Deutschland und die Europäische Union diskutieren ebenso die Einführung von Finanztransaktionssteuern.

Zusammenfassend lehnt der SGB die Vorlage also ab. Im Sinne einer vorsichtigen Finanzpolitik ist sie schlicht unhaltbar.

Besten Dank für die Kenntnisnahme unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Daniel Lampart
Leiter SGB-Sekretariat
und Chefökonom